



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

317 (13.7.1931) Morgenblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-359101](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-359101)

Verlagsstelle: Durch Träger frei Haus monatlich RM 1,- in
andere Geschäftsstellen abgeholt RM 1,20, durch die Post RM 1,-
zusätzlich Postgebühr. — Abholstellen: Bahnhofstraße 6,
Steinbrunnstraße 42, Schwabengasse 16/17, Weierstraße 15,
No. Friedrichstraße 4, Po. Poststraße 42, W. Danner Straße 8,
So. Kallenstraße 1. — Erscheinungsworte wöchentlich 12 mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-8. — Fernsprecher: Sammelnummer 240 61
Postfach-Konto: Karlstraße Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Remajet Mannheim

Anzeigenpreise:
Solange
für im
behalten
Anzeigen
telephon

HEUTE: DER GROSSE SPORT

142. Jahrgang — Nr. 317

Morgen-Ausgabe

Montag, 13. Juli 1931

Schwerster Kampf um Leben und Freiheit

Zag und Nacht steht jetzt die Reichsregierung im schwersten Kampf gegen ausländische Expansionspolitik und gegen inländische Brunnenvergifter und Quereiber

Verhärfung der Devisenpolitik

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 12. Juli.

Es ist vielleicht das Grauensafte in den Tagen, die wir jetzt durchleben, daß Parteien, Gruppen und Gruppen an dem Feuer, das sich über uns verjagt, durch ihre eigenen Töne zu wärmen wünschen. Die Herren Hugenberg und Hitler haben diese Tage in Ehen, die alle bedeutenden Männer und auch gar nicht, für die „nationale Opposition“ (soziales den „Bund höherer Beamtenschaft“ erklärt. Das hat den Alldeutschen Verband, der in seiner reichsweiten Hoffung längst nicht mehr alldeutsch, der aus noch großdeutsch und monarchistisch ist, nicht schlafen gelassen. Als tritt die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, geleitet von G. H. von Dersberg, mit einer Rundgebung auf den Plan, in der sie mit schöner Bestimmtheit den Rücktritt der jetzigen Regierung und die Berufung einer „nationalen Regierung mit Männern, die Staatspolitik und Wirtschaftspolitik verstehen“, fordert.

Das Deutsche ist schlecht, die Forderung selber von einer vorweggenommenen Torsheit. Wann hat der Alldeutsche Verband, der unter dem Pseudonym Einhardi einmal die deutsche Geschichte frei nach Treibstoffe verhandelt, wo der „Alldeutsche“ Landrat, Herzberg ist bewiesen, daß sie von Staatspolitik oder gar von wirtschaftlichen Dingen etwas verstanden! Wie kann man überhaupt, wenn man noch seine Mühe nicht bekommen will, der jetzigen Regierung den Vorwurf machen, daß sie „Krisenpolitik“ treibe? Die kritische und überaus rasche Aufnahme in diesen Stunden schreibt sich im wesentlichen doch daher:

daß die Regierung es ablehnt, in die alten Bahnen zurückzufahren und lieber zum Rücktritt entschlossen ist, als den französischen Expansionsmaßnahmen sich zu beugen.

Im Westen, die ihr gut zureden, doch ja wieder nur diese eine Maßnahme, fehlt es nicht. Sie sind wieder alle da, die schwachen Gehalten, die wir von mancher ähnlich gelagerten Situation schon kennen: die Stillen der Berliner Bonapartisten, „Kommunisten“ und die Kataklysmen der Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ liefert sich in seinem Sonntagssonderheft sogar eine besonders ablehnende Stellungnahme. Er versichert, indem er analytisch milde Weisheit für Frankreich bereit hält: die Schwierigkeiten des Augenblicks können allein von der privatwirtschaftlichen Seite her. Bei dem Aussehenbedarf, dessen Bedingung der Reichsbankpräsident jetzt sucht, handle es sich ausschließlich darum, „Graf für das Kapital zu schaffen, das in den letzten Wochen aus Deutschland davon gelaufen ist.“

Über die Lage sich selbst während einer Wahl und nach der Wahl nicht liegen.

Am Samstag sind in der Tat leider 100 Millionen Devisen abgezogen worden. Darunter haben sich mit ganz geringfügigen Beträgen auch Fremder befunden. Alle anderen Abzüge gingen, wie uns Männer versichern, die es wissen müssen, nach Frankreich.

Ich am Samstag, noch während Dr. Luther in der französischen Hauptstadt verhandelte, zum Sturm auf die Devisenpolitik der Reichsbank ansetzte.

So ist es in den letzten Wochen überhaupt gewesen. Nichts haben sich auch Reichsdeutsche da und dort ihr Geld von den Banken geholt, aber wohl nur in verhältnismäßig seltenen Fällen, um es über die Grenze zu schicken, sondern um es zu Hause in den Strauß zu tun. Was häßlich heute — auch das ist ein Unterschied von 1922 und 1923 — nicht mehr fremde Devisen, sondern Reichsmark. Die ganze Masse der Masse, das was unser Zentralbankpräsident in die Notwendigkeit versetzt, ist nach neuer Bedingung umzusetzen, kommt auf die Bedingung ausländischer, vornehmlich wohl auch amerikanischer Gläubiger, die ihre kurzfristigen und geliehenen Kapitalien wieder zurückzubringen. Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen aber dieser kurzfristigen Anleihen

liefern die sozialdemokratisch verwalteten Städte ein beträchtliches Kontingent. Auch die Privatwirtschaftler haben gelündigt, gewiß, doch an der Schuldenwirtschaft sozialistisch bestimmter Kommunen gemessen sind sie noch immer die reinen Haisentuben.

Entspannung Paris-Berlin?

Frankreich hat angeblich keine politischen Forderungen gestellt, aber...

Was soll man glauben?

Paris, 12. Juli

Die sonntäglichen Verhandlungen des deutschen Botschafters mit führenden Persönlichkeiten des französischen Außenamtes und des Finanzministeriums brachten eine Aufklärung der Situation. Aus den und in den Abendstunden gemachten Mitteilungen geht hervor, daß — im schärften Gegensatz zu den ruflosen Behauptungen der Pariser nationalistischen Blätter — politische Forderungen nicht gestellt worden sind. Der deutsche Botschafter wurde jedoch in seinen Verhandlungen mit Ministerpräsident Laval auf die psychologische Krise in den deutsch-französischen Beziehungen aufmerksam gemacht. Laval stellte die Frage der Pollution, ohne sich über dieses Thema zu verbreiten. Er legte aber besonderen Nachdruck auf die Stahlhelmparade auf dem Dreißiger Reiterstag und ähnliche Veranstaltungen, die er offenbar für gefährlich hält. Der französische Generalstab wird sich gemäß seine Sorge darüber machen, denn er weiß genau, daß diese Veranstaltungen die Gefahr der Frankfurter in keiner Weise beeinträchtigen.

Zwischen dem deutschen Botschafter und dem Ministerpräsidenten Laval wurde über gewisse Möglichkeiten einer psychologischen und politischen Entspannung gesprochen. Es schweben gerade über diese beiden Fragen Verhandlungen zwischen Paris und Berlin. Nach wie vor zeigt sich auf französischer Seite der Wunsch, mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsminister der Finanzen die Verhandlungen zu führen. Auf deutscher Seite sind die Verhandlungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther geführt. Die Verhandlungen sind im wesentlichen in demselben Stadium wie vor einigen Tagen.

Über die äußeren Vorgänge des heutigen Tages ist einwörtlich nur wenig zu sagen. Der Reparationsausschuß des Kabinetts, der in der Nacht zum Sonntag bis 2 Uhr beisammen gewesen war, vereinigte sich zu neuer Beratung am Sonntag vormittag um 11 Uhr. Zur gleichen Zeit hielten auch die Leiter der Berliner Großbanken eine Besprechung ab. Nachmittags um 5 Uhr trat das Gesamtkabinett zu einer Sitzung zusammen. Man wird zunächst wohl damit zu rechnen haben, daß eine neue Notverordnung ergeht, die den Devisenabzug sperrt und die Reichsbank zu Kreditreduktionen veranlaßt.

Für die späteren Abendstunden rechnet man mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués.

In dieser von Mägen der Parteipolitik verunreinigten Atmosphäre kämpft das Kabinett Brüning-Dietrich einen heroischen Kampf. Das Reich, heißt es in der „Germania“, hat zu wählen zwischen einem Verzicht, der das deutsche Volk und seinen Staat allerdings bis in den Grund erschüttern würde, und den folgenreichen Entschluß zur politischen Selbstbehauptung.

Das ist die entscheidende Entscheidung, die uns vielleicht nicht mehr erspart bleibt. Sie wird, wenn die Kreditbemühungen des Reiches von den politischen Gegenüberungen nicht mehr zu trennen sind, nur im Sinne der deutschen Selbstbehauptung fallen können.

Man wird diese Sätze unterstreichen dürfen, nicht weil es das Kanzlerorgan ist, das sie formt, sondern

lichteilen einer psychologischen und politischen Entspannung gesprochen. Es schweben gerade über diese beiden Fragen Verhandlungen zwischen Paris und Berlin. Nach wie vor zeigt sich auf französischer Seite der Wunsch, mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsminister der Finanzen die Verhandlungen zu führen. Auf deutscher Seite sind die Verhandlungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther geführt. Die Verhandlungen sind im wesentlichen in demselben Stadium wie vor einigen Tagen.

Die und fern von hieriger deutscher Seite ausdrücklich erklärt wird, brachte Finanzminister Laval in seinen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther geführten Gesprächen keine politischen Forderungen zum Ausdruck. Laval erwiderte keine Antworten über den gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen und verlangte zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen, wie sie der Ministerpräsident Laval in seiner Konferenz mit Herrn von Dösch formuliert hatte.

Die Generalnationalistischen Pariser Presse hat sich heute bis zum Paroxysmus gesteigert. Würde man in Deutschland jetzt den Kopf verlieren, so läge es hier in einem schärften Vorhof der kommunistischen Revolution gegen diejenigen Kreise, die Deutschland vor einem finanziellen Zusammenbruch bewahren wollen.

als Stimme der Vernunft und des vollstetigen Rechts, eine der leider recht spätlich gemachten, die sich in Berlin vernachlässigen lassen.

Luther in Berlin

Au der Sonntagsführung des Reparationsausschusses des Kabinetts, der in der Nacht zum Sonntag bis 2 Uhr beisammen gewesen war, vereinigte sich zu neuer Beratung am Sonntag vormittag um 11 Uhr. Zur gleichen Zeit hielten auch die Leiter der Berliner Großbanken eine Besprechung ab. Nachmittags um 5 Uhr trat das Gesamtkabinett zu einer Sitzung zusammen. Man wird zunächst wohl damit zu rechnen haben, daß eine neue Notverordnung ergeht, die den Devisenabzug sperrt und die Reichsbank zu Kreditreduktionen veranlaßt.

Luthers Stellvertreter für Basel

Berlin, 12. Juli

Wehrmacht Jode von der Reichsbank ist am Sonntag mittag 12,15 Uhr vom Berliner Flughafen mit einem Sonderflugzeug, das für den geplanten Flug des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther seit 10 Uhr von der Luftbahn bereit gehalten wurde, nach Basel abgeflogen. Man rechnet, falls keine Zwischenlandung zur Betriebsaufnahme notwendig ist, mit seiner Ankunft kurz nach 3 Uhr, da die Luftbahn eine dreimotorige Heinkel-Maschine zur Verfügung gestellt hatte.

Eine Mitteilung des Weißen Hauses

Redaktion des Weißbüros

Washington, 11. Juli

Nach einer Konferenz mit Präsident Hoover in Kapitol ließ Unterstaatssekretär Cagle heute abend durch das Weißes Haus eine Mitteilung veröffentlichen, in der festgestellt wird, daß Präsident Hoover weder ein Gutes Deutschland in Zusammenhang mit seinen gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten erhalten habe, noch gebeten worden sei, sich beim Federal Reserve Board zu verwenden, auf den bekanntlich die Exekutive der Vereinigten Staaten keinen Einfluß habe und auch nicht zu nehmen gedente.

Die Mitteilung betonte, daß Präsident Hoover heute keinerlei Beziehungen mit Deutschland geschäftet und auch von Botschafter Sedell keinen Bericht erhalten habe.

Konflikt Griechenland-Bulgarien

Athen, 12. Juli

Das Finanzministerium hat Anweisung erhalten, die durch das bulgarisch-griechische Abkommen über die Entschädigung bulgarischer Untertanen, die nach dem Krieg griechisches Gebiet verlassen mußten, vorgesehene demnach fällig werdenden Zahlungen nicht an Bulgarien zu leisten.

Diese Maßnahme, die seit langem beschlossen worden wegen der Belagerung Bulgariens, die zwischen beiden Ländern schwebenden kritischen Fragen zu regeln, für die Denberg vorübergehend ein Schlichtungsverfahren vorgeschlagen hatte. Die griechische Regierung hatte ihren Beschluß nach Anwendung des Hoover-Ratortiums noch mehr für gerechtfertigt.

Erzbischof Soederblom †

Stockholm, 12. Juli

Der schwedische Erzbischof Nathan Soederblom ist heute abend 6 Uhr in Upsala an Herzkrankheit gestorben.



Durch die Weltkirchenkonferenz des Ökumenischen Ratsils von 1925 in Stockholm, jene Versammlung, welche die Kirche der ganzen bewohnten Erde umschloß, ist der schwedische Erzbischof Nathan Soederblom auf der ganzen Welt weit über den Kreis der Kirche hinaus bekannt geworden. Man hat ihn allgemein als die stärkste Regung und den größten Führer im Luthertum seit Luther bezeichnet.

Nathan Soederblom ist 1866 in Västingland als Sohn eines Pfarrers geboren. Schon früh begann er seine Studien in Deutschland, mit dem er auch später nie die enge Fühlung verloren hat. So war er später von 1912-14 Professor der Religionsgeschichte in Göttingen.

Kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges wurde er Inhaber der höchsten Würde der schwedischen Kirche. Sein erster Verdienst galt einem Aufsatz, der sich mit den Unterschieden zwischen dem evangelischen Christentum und der römischen Kirche auseinandersetzte. Der Aufsatz behandelte im Lichte des Weltkrieges aber ebenso, wie ähnliche Rundgebungen des Papstes.

Nach als Erzbischof arbeitete er nach unversehrten Gesichtspunkten weiter. Der Höhepunkt dieser Verdienste war das Jubiläumsgedächtnis des großen Ökumenischen Ratsils in Stockholm vom Jahre 1925. Jahrelang hatten die Vorbereitungen gedauert. Nur eine derart überragende Persönlichkeit von lutherischer Kraft und lutherischem Ernst konnte das Werk vollenden, das einen Weltfrieden in der Geschichte der großen ökumenischen Kirche bedeutet. Von der ganzen Erde folgten die Kirchenväter dem Rufe Soederbloms nach Stockholm. Es war ein bedeutender Schritt zur Verbrüderung der Völker nach dem Weltkrieg.

Soederblom ist nicht nur als Mann der Kirche, sondern auch als Wissenschaftler hervorzuheben. Diese Einheit ist für Schweden besonders beachtenswert, wo die Theologien der beiden Konfessionen gleichzeitig auch dienende Parallelen sind. In den drei Weltkriegen erschienen. Seit 1894 war Soederblom mit Anna Forcell, Tochter des Anklagens Hofrats Schwedens des späteren Oberstfeld John Forcell verheiratet. Erzbischof Soederblom war nach Sven Hedin, Selma Lagerlöf u. a. einer der „unsterblichen Helden“ der schwedischen Akademie zu deren Leiter er 1921 ernannt wurde.

Mussolini über den Hoover-Plan

London, 12. Juli

Die Saturday Review brachte einen Auszug aus der Rede Mussolinis, der den Hoover-Plan als den praktischen Schritt rühmt, der zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens der Welt getan wurde:

„Er gibt uns die Möglichkeit, durch den Winter hindurchzukommen und den Weg zu normalen Bedingungen zu beschreiten. Er hat die Gefahr einer Katastrophe abgewandt. Hätte es wieder einen so harten Winter gegeben, so würde vielleicht der Bolschewismus über die Welt vorzudringen sein, und das Ende wäre nicht vorauszuahnen gewesen.“

Weiter befaßt sich der Auszug dann mit der Situation:

„Zweifellos wird die Rettung der österreichischen Kreditanstalt und damit des ganzen österreichischen Wirtschaftssystems dazu führen, daß die Positionen bis zu einem gewissen Zeitpunkt aufrecht zu werden werden. Der Plan der Pollution war von der sichersten Verzweiflung diktiert.“

„Englands Ehre ist verpfändet“

Ein besonders eindrucksvoller Appell zur Abklärung der Völker

**Mardonald,
Baldwin, Lloyd George**

Telegraphische Meldung
London, 12. Juli.

In der Abklärung sind gestern nachmittag eine große Friedens- und Abrüstungslandsgedung statt, an der Vertreter aller Parteien und aller Berufsstände teilnahmen. Der Redner war so groß, daß noch zwei weitere Versammlungen im Freien veranstaltet werden mußten, denn die Reden durch Lautsprecher übermüht wurden. In der großen von mehr als 7000 Personen gefüllten Halle waren Abgeordnete von 17 christlichen Kirchen und anderen Religionskörpern, sowie von 10 sozialistischen, konservativen und liberalen Organisationen und vielen anderen Vereinigungen zugegen. Zahlreiche ausländische Botschaften und Gesandtschaften hatten Vertreter entsandt. Von der deutschen Botschaft war Befandtschaftsleiter Jakob Bismarck anwesend.

Die Friedens- und Abrüstungslandsgedung wurde durch den Feldmarschall Sir William Robertson mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Darauf erging

Premierminister Mardonald

das Wort und führte u. a. aus:

Es handele sich um eine einzigartige Gelegenheit; denn in Saale seien nicht die Vertreter von Parteien, sondern die Vertreter einer vereinigten Nation anwesend, um den friedlichen Delegierten ihren Wunsch zu bekunden, sie möchten auf der Abrüstungslandsgedung Mut und Weisheit zeigen. Der Premierminister wies vor den Herren, an die Zweckmäßigkeit von Abrüstungen zu glauben und vor allem auf die ungeheure zunehmende Verhängnisvollheit der Kriegswaffen. Trotzdem erklärte, so meine Mardonald, einige Leute, die sich für belohnende große Patrioten hielten, die Abrüstung für schädlich. „Wollen diese Leute“, fragte Mardonald mit erhobener Stimme,

„daß die Ehre der Nation feierlich verpfändet worden ist? England ist durch den Versailles Vertrag und den Vertrag von Locarno verpflichtet, auf Abrüstung hinzuwirken.“

Die Welt erwartet von uns nicht nur Befundungen der Friedensliebe, sondern eine Vereinbarung, die über Tonnen, Wappensprüche und Material zum Ausdruck kommt. Wenn kein Programm aufgestellt wird, das dem Verständnis gegenüber dem jetzigen Abrüstungsstand ausreicht, dann hat die Konferenz ihre Schuldigkeit nicht getan.“

Am Schluß seiner Rede sagte Mardonald: Wir gehen nach dem Entschluß durch Regierungen, durch Vertretung auf schriftliche Dokumente und eingetragene Beschlüsse, durch Einzelne auf die Geschichte und durch Appell an den gesunden Menschenverstand, die Nationen der Welt zu veranlassen, sich zusammen zu schließen und diese ungeheure schädliche Abrüstungslücke zu vermindern.

Baldwin an Mardonalds Seite

Stets erging Baldwin das Wort.

Er schloß sich den Ausführungen des Premierministers an, indem er sagte: Wir sind durch den Vertrag mit unserer Ehre zu internationaler Abrüstung verpflichtet. Baldwin ver-

wies auf die Abrüstungslandsgedung, die England seit dem Kriege vorgenommen habe und sagte: Das Beispiel Englands sei nicht befolgt worden. Wir müssen auf eine Verminderung der Rüstungskräfte der Welt drängen und verlangen, einige Schritte für die Rüstungskräfte Westeuropas zu tun.

Derner wies Baldwin auf die Notwendigkeit der Beteiligung Russlands an der Abrüstung hin, denn andersfalls werde die in Osteuropa herrschende Unsicherheit von einem so mächtigen Nachbarn niemals verschwinden. Er bemerkte ferner, alle internationalen Probleme in Europa seit Versailles seien dadurch unendlich schwieriger geworden, daß die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes seien.

Lloyd George

erklärte in seiner Ansprache u. a.:

Alle Parteien des Staates seien bezüglich der Abrüstung vollkommen einer Meinung. Alle Staatsmänner des Völkerbundes hätten sich verpflichtet, ihre Abrüstungen auf den niedrigsten Stand zu bringen, der mit ihrer Sicherheit vereinbar ist. Dem nächsten Kriege gegenüber verleiht die Vorkriegslandsgedung, und dennoch geht die Welt handhoh, frisch und kumpfsinnig auf diese Katastrophe los. Sie liegt Friedensliebhaber und bereitet den Krieg vor.

Lloyd George schloß, indem er sagte: Eine Vereinbarung werde es nur geben, wenn die Grundzüge, die für das friedliche Verhalten des Einzelnen maßgebend seien, auf das Verhalten der Nationen übergeführt würden.

Die Abrüstungslandsgedung schloß mit der Annahme folgender Entschlüsse:

Die Versammlung begrüßt mit Wärme die kommende Abrüstungslandsgedung und fordert die Regierung an, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine wirkliche Verminderung der Heere, Flotten und Rüstungskräfte der Welt anzustreben zu bringen.“

Dreiwöchiges Verbot des „Völkischen Beobachters“

Telegraphische Meldung

München, 12. Juli.

Einem Erlaß des Reichsministers des Innern entsprechend, wurde der in München erscheinende „Völkische Beobachter“ in seiner Bayer- und Reichsausgabe von der Polizeidirektion München auf drei Wochen verboten.

Der Reichsminister des Innern erklärt in den Ausführungen, die in den Nummern 190, 187, 190, 191 dieser Zeitung vom 5. u. 6./10. Juli 1931 enthalten waren, einen Verstoß gegen die Verordnung vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen und in den Ausführungen der Nummer 193, 194 vom 12./13. Juli eine Verstoßung von 500 willkürliche Verächtlichmachung des bayerischen und preussischen Staatsministers des Innern sowie der Mitglieder der Reichsregierung.

Argentinien wird zwischen Paraguay und Bolivien vermitteln

Monsieur, 12. Juli. Die Regierung von Paraguay hat das Angebot Argentinien, in dem Konflikt mit Bolivien zu vermitteln, angenommen.

Nachprüfung des Reichskabinetts

In Erwartung neuer Notverordnungen

Berlin, 12. Juli.

Das Kabinett unterbrach um die neunste Abendstunde seine Sitzung zu einem kurzen Zwischenruf. Nach dem die Beratungen weiter. Ein Ende ist im Augenblick noch nicht abzusehen.

Ueber die von uns angebotenen

Massnahmen, die wohl noch im Laufe dieser Nacht dekretiert werden,

berichtet die „Montagspost“: Diese Massnahmen werden einen doppelten Zweck verfolgen.

1. Eine wirtschaftlich zweckmäßige Bewertung der in Deutschland vorhandenen Bestände an fremden Geldmitteln.

2. eine gegenseitige Unterbindung der deutschen Großbanken untereinander.

Bei der beschleunigten planmäßigen Abschätzung der Devisenwirtschaft, wird es sich darum handeln, Anforderungen und fremden Geldmitteln für ganz unweibliche Zwecke, also vor allem für die sogenannten Ankäufe in Ausland zu verhindern. Bei der Zusammenarbeit der Banken kommt wahrscheinlich eine sogenannte Gemeinschaftsarbeit für die Kredit-

beschaffung, aber auch für die Beschaffung im neueren Kredit in Betracht, wie sie durch die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten auf dem Wege über die neue Goldkreditanstalt zur Beschaffung ausländischer Kredit bewirkt wurde. Durch die neue Notverordnung soll erreicht werden, daß Banken die an und für sich durchaus gesund sind, aber durch die augenblickliche Krise in Schwierigkeiten geraten sind, durch gemeinschaftliche und Reichsgarantie während der nächsten Zeit geführt werden.

In der „Völkischen Zeitung“ waren am Sonntag teils allerlei hoffnungslosende Meldungen zu lesen gewesen. Es handelt sich dabei aber nur um Gerüchte. Sicher ist, daß die Mehrheit der amerikanischen Banken und Banken mit, schon weil sie selbst hier stark engagiert sind. Aber die Montagengruppe — damit wird man hier zu rechnen haben — steht zu Frankreich.

Reichspost verkürzt Arbeitszeit

Berlin, 12. Juli. Die Reichspost hat auf Grund der Bestimmungen der zweiten Notverordnung die wöchentliche Arbeitszeit des Personals im Betriebs- und Verwaltungsdienst vom 12. Juli ab auf höchstens 51 Stunden festgelegt.

Das Gehalt der Beamten

Entscheidung des Reichsgerichts

Leipzig, 11. Juli.

Der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts gab heute die Gründe für seine ablehnende Entscheidung in der Vorinstanz zweier zur Disposition gestellter oldenburgischer Staatsbeamten bekannt, die für das Recht des Staatsbeamten in den deutschen Ländern von grundsätzlicher Bedeutung sein dürfte. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Frage, ob ein landesgesetzlicher Vorbehalt, die ursprünglich in Liebereinstimmung mit bestimmten Reichsbeamtengehaltsverhältnissen festgelegte Gehaltsätze der Landesbeamten später wieder herabzusetzen, oder durch eine Höchstgrenze zu beschränken, vereinbar ist mit der Artikel 133 der Reichsverfassung angeordneten Gleichbehandlung der gleichwertigen Beamten.

In dieser Frage werden vom Reichsgericht folgende grundsätzliche Ausführungen gemacht:

Die Reichsverfassung will die „gleichwertigen Beamten“ der Beamten schützen: welche Rechte aber im Sinne der Reichsverfassung wohlwornen sind, muß den Gesetzen entnommen werden, welche diese Rechte beschränken sollen. Werden A. B. vom Gesetz Beamtengehälter nur in der Maßigkeit oder auf bestimmte Zeit gemindert, so werden sie nur mit dieser Maßigkeit erworben; sie fallen weg mit dem Erlösche oder mit dem Ablauf der bestimmten Zeit. In gleicher Weise — entgegen einer verbreiteten Meinung — ist der Fall zu beurteilen, daß Gehälter durch Gesetz mit dem Vorbehalt der Herabsetzung durch einfache Gesetz gewährt werden. Das Recht auf sie wird nur mit dieser ihm innewohnenden Beschränkung, nicht unabhängig von ihr, erworben. Die auf dem Vorbehaltswort erfolgende Herabsetzung, insbesondere Herabsetzung der Gehälter, verleiht daher nicht wohlwornene Rechte.

Keine allgemeine Gehaltskürzung in Württemberg

Stuttgart, 11. Juli.

Das württembergische Staatsministerium, das seit Wochen nur den Haushaltsplan nach neuen Einkommensverhältnissen durchgeprüft hat, um den Gehaltsbetrag von 104 Millionen möglichst tief herabzusetzen, ist mit seiner Arbeit fertig. Man ist dabei so rückhaltlos vorangetrieben, daß tatsächlich 84 Millionen abgeschrieben werden konnten. Kürzungen, die auf die verbleibenden Positionen zu verteilen sind. Dazu gehören einerseits die Gehälter der „Zivil. III.“ zufolge A. B. 500 000 Mark, die am Jahresanfang für die Landesbeamten eingeplant werden sollen. Auch sonst hat man an den letzten und verbleibenden Ausgaben da und dort noch gespart. Den Haushaltsplan bringt aber doch wohl die neue Herabsetzung des Gehaltsangebots. Die Verbleibenden sind diesmal die letzten und höchsten Beamten, deren Gehälter, wie man geltend macht, gegenüber der Fortschrittigkeit und Leistung seit der letzten Besoldungsprüfung so gestiegen sind, daß sie ihnen noch am ehesten eine weitere Kürzung möglich erscheinen. Einmal sollen die durch die beiden Notverordnungen des Reichs bereits gesunkenen Gehälter der Beamtenanwärter noch um weitere Hunderte gekürzt werden, und zwar nach einer Statistik, die die oberen Gehaltsstufen mit höheren, die mittleren mit niedrigeren Hunderten der Kürzung ergreift, während die unteren Gruppen von der Kürzung befreit bleiben sollen. So kann es vorkommen, daß die Gehaltskürzung der ersten Dienstaltersstufe, die Gehaltskürzungen ausgenommen, zu beschränken, zu beschränken. Die verbleibenden Beamtenanwärter sollen von der Kürzung verschont bleiben. Die Regelung ist vorläufig nur für die Monate 1931 und 1932 gedacht.

Dem Landtag, der am kommenden Freitag zur Entscheidung dieser Maßnahmen zusammentritt, ist bereits ein Entwurf dieses Gesetzes vorgegangen.

Friedrich Gundolf gestorben

Aus Heidelberg kommt die Nachricht, daß dort gestern vormittag halb 11 Uhr der bekannte Literaturhistoriker Prof. Dr. Friedrich Gundolf, der Träger des Vossingpreises 1929, gestorben ist. Er war vor wenigen Tagen an einer Grippe erkrankt, die im Laufe der Krankheit immer sich am Samstag durch das Ausbleiben einer Woche so, daß kaum Hoffnung auf Erhaltung des Lebens bestand. Ein früheres Leiden mag mit die Ursache des raschen Todes gewesen sein.

Friedrich Gundolf (Wandellinger) ist 51 Jahre alt geworden. Er kam aus Darmstadt, wo er am 29. Juni 1880 als Sohn eines Mathematikprofessors der dortigen Hochschule geboren wurde. Seine Studien führten ihn zu den bedeutendsten Vertretern des literaturgeschichtlichen Faches; er war ein Schüler von Erich Schmidt, Moritz und Wilhelm. 1911 habilitierte er sich an der Heidelberger Universität mit den ersten Kapiteln seines Buches „Shakespeare und der deutsche Geist“. Von dieser Zeit an hat er Heidelberg als Dozent nicht mehr verlassen. Einem Ruf auf den Lehrstuhl seines früheren Lehrers Erich Schmidt im Jahre 1920 leitete er keine Folge, als er zu gleicher Zeit zum persönlichen Ordinarius der Heidelberger Universität mit den Rechten eines ordentlichen Professors ernannt wurde.

Gundolf hat im Wesentlichen zu vielen, die ihm in höheren Rängen folgten, sein entscheidendes Wort auf das philologisch-darstellerische seines Faches gesagt. Das zeichnete auch die Veröffentlichung aus, die seinen Namen zuerst berühmt gemacht hat, sein großes Werk „Shakespeare“, ein Werk, das bei allem, was man sagen seine Reichhaltigkeit und Vorgebracht haben mag, von jedem den Weltwissenschaftlichen Hochschulen nur mit größter Ehrfurcht genannt werden kann. Die hochstilisierte Sprache, der lebendige Geist der Betrachtung, der Reichtum an Gedanken im Verein mit einer umfassenden philologischen Kenntnis liehen dieses Buch gerade von der akademischen Jugend begeistert aufnehmen.

Es ist unendlich, die Veröffentlichungen Gundolfs aber nur annähernd zu umschreiben. Jetzt unmittelbar nach dem Tode dieses großen Schriftstellers und Lehrers können nur die wichtigsten seiner Bücher aufgeführt werden. Dazu gehört nach dem bereits genannten Werk sein Buch über „Shakespeare und der deutsche Geist“ und seine programmatische wichtige Monographie „Shakespeare und der deutsche Geist“. Von seiner letzten Arbeit war sein durch einen Nachtrag erweitertes Buch

„Shakespeare, die Geschichte seines Ruhms“, das man fast eine Geschichte des abendländischen Geistes gemeinlich an der großen, im Stillen hingewachsenen Erscheinung des großen Dichters nennen kann. Dem Werk Shakespeares, das Gundolf in einer eigenen Bearbeitung und Übersetzung herausgab, galt ein großer Teil seiner weit verzweigten Arbeit. Die beiden Bände, die er vor drei Jahren als Shakespearestudium herausbrachte, haben die deutsche Shakespeareforschung und -achtung vor eine ganze neue Gesichtspunkte gestellt. Sein kleines Buch über



Literaturhistoriker Friedrich Gundolf

„Paracelsus hat denja“ ... diese Wirkung ausgedehnt.

Die letzte Veröffentlichung Gundolfs war das Romanillenduch, in dem er frühere Arbeiten und Vorträge über Brechtens, Schillerens, Höpners u. a. zusammenfasste. Neben vielen anderen Plänen hatte ihn in der letzten Zeit immer mehr der Gedanke beschäftigt, ein Buch über „Shakespeare“ zu schreiben. Demnach sollte er, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, über einen neuen Dichter sprechen, einen Vortragsabend über „Shakespeare“ im Jahre 1930. In den letzten Veröffentlichungen Gundolfs gehörte auch ein Band „Shakespeare“ sein letzter Vortag in Heidelberg über „Shakespeare“ im Jahre 1930.

Jetzt wird er das Goethejahr, zu dem sich die geistige Welt richtet, nicht mehr lebend an einer der herrlichsten Deuter Goethes mitbestimmen. Das Mannheimer Nationaltheater hatte ihn aufgefordert, im Goethejahr zu sprechen und Gundolf hatte bereits zugestimmt. Vor wenigen Monaten war er am Vortragspult in der Aula der Mannheimer Hochschule erschienen, wo er einen tiefgründigen Vortrag über „Shakespeare“ gehalten und Erinnerungen hielt. Zuletzt sah man seine hochgewachsene Gestalt mit edel geformten, durchgeglänzten Kopf in unserer Stadt unter den Bäumen bei der „Karlshof“-Aufführung im Hoftheater des Mannheimer Schlosses.

Jetzt, eine Woche später, meldet man seinen Tod, der für die Heidelberger Universität einen außerordentlichen Verlust bedeutet und viele Freunde der Persönlichkeit und des Geistes Gundolfs in Trauer versetzen wird. Das Lebenswerk, das er hinterläßt, ist reich genug, um seine Nachwirkung weit und groß erscheinen zu lassen. Was er uns noch gegeben hätte, vermögen wir bei seinem frühen Hinscheiden nicht zu fassen, den er mit manchem seiner geistigen Romanillens teilte.

Amerika in Bad Homburg

Das erste amerikanische Musikfest in Europa

Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß gerade in den Tagen, da die Vereinigten Staaten von Nordamerika in die Geschichte Europas eingegriffen und Deutschland von der schwersten wirtschaftlichen Katastrophe befreit haben, in Bad Homburg u. a. das erste amerikanische Musikfest auf europäischem Boden stattfinden hat. Eine derartige Veranstaltung, die den Kontakt zwischen den Kulturen der alten und der neuen Welt herzustellen und die kulturelle Gemeinschaft der Völker zu stärken sucht, wieder ist wohl kaum möglich zwischen die politischen und wirtschaftlichen Dinge.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. Sackett, hatte das Projekt der Festlichkeiten übernommen; das gesamte Konsularpersonal und die Seiten der Gesellschaft nahmen an den Verhandlungen, die in dem alten italienischen Hoftheater Bad Homburg stattfanden, teil.

Es war ein glänzendes gesellschaftliches Bild, das an die Feste des Bad Homburg von einst erinnerte und die neue Zukunft des aufstrebenden Landes einleitete. Mit einem Vortrag des in Paris lebenden amerikanischen Musikwissenschaftlers Irving

Schwartz über das Wesen der amerikanischen Musik begann das Fest. Schwartz schilderte in greifbaren Worten die Entstehung eines eigenen Musiklebens der Amerikaner seit Hopkins gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Ein Telegramm der Nationalen Musikgesellschaft Amerikas übermittelte die Glückwünsche der besten Willen Mitglieder zum Domburger Musikfest.

Ein weiblicher Komponist George Washington, die in Frankreich als Komponistin der amerikanischen Musik lebende Sopranistin Mrs. Mignon Ross, da, brachte einige Beispiele amerikanischer Musik aus der Zeit des Roten, insbesondere von Copland, zu Gehör. Der zweite Abend des Festes war der Kammermusik gewidmet. Das Kammerensemble der Konzertmeister Sengewitz spielte das Streichquartett über indische Themen von Frederic Joubert, ein Werk, das Einblicke in das Geistesleben und das Temperament des indischen Volkes gewährt, ferner als Krausshorn von Somenzys Florida-Suite, ein impressionistisches und programmativisches Klanggemälde, das Einblicke in das Leben und das Wesen der indischen Völker gewährt. Der Höhepunkt des Abends war die pianistisch vollendete Klavierkonzerte von Roger Selland Sonate für Klavier durch den amerikanischen Pianisten Frank Konrad.

Der dritte Abend brachte ein repräsentatives Programm ständender amerikanischer Konzerte. Querschnittartig fand man die Vertreter der verschiedensten Richtungen, die sich am Domburg, den „amerikanischen Schumann“ als größten Vorbild einer musikalischen Eigenart in Amerika gruppierten. Neben es Somenzys Quartett, es kommt der Herbst“ von Mr. Domburgs Klavierkonzerte, das „Schicksal“ von Franz Liszt (Klavierkonzerte) oder „Horn“ von Somenzys Quartett, aber das in sich selbst vorhandenen Charles F. Griffes „Freudenberg von Radial-Rad“ gewidmet sein, die kulturelle Vermittlung europäischer und amerikanischer Musik war nie zu verkennen, wiewohl mit dem Unterschied, daß dem Amerikaner eine knappere Form des Themenmaterials zu eigen ist. William Grant Still's Komposition „Africa“ gab auf der Regierungsszene, einen interessanten Blick des Regiments in der Diaspora. Endlich ein von dem höchsten Rhythmus des heutigen Amerikas gekennzeichnetes: Carl Weitzel's „Masterson“.

Unter dem Eindruck des Festes dränge das volkreiche Land insonderheit ein Hoch auf Amerika aus und lang die amerikanische und die deutsche Nationalhymne.

